

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 101/2007 (FD)

Auftrag überparteilich: Gleichbehandlung der Staatsangestellten beim Beitrag an die familienergänzende Kinderbetreuung (04.07.2007)

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung 2009–2011 eine Gleichbehandlung des Spitalpersonals innerhalb der Solothurner Spitäler AG für Beiträge an die familienergänzende Betreuung sicherzustellen.
2. Für den Zeitraum ab 1.7.2007–31.12.2008 wird der Regierungsrat beauftragt, mit der Solothurner Spitäler AG dafür zu sorgen, dass allfällige Benachteiligungen des Spitalpersonals gegenüber dem übrigen Staatspersonal ausgeschlossen werden.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, mit den Sozialpartnern innerhalb der GAVKO Vertragsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel der Aufnahme einer allgemeinen Regelung der finanziellen Unterstützung für familienergänzende Kinderbetreuung im GAV.

Begründung (04.07.2007): schriftlich.

Der Kantonsrat bewilligte am 27. Juni 2007 einen Verpflichtungskredit von 500'000 Franken für die Ausrichtung von Beiträgen an die familienergänzende Betreuung von Kindern der Staatsangestellten für die Jahre 2008 und 2009. Nicht alle Angestellten, die dem Staatspersonalgesetz unterstellt sind, profitieren gleichermassen von diesen finanziellen Beiträgen.

Einem Teil der Angestellten der Solothurner Spitäler AG steht eine spitalinterne Kinderkrippenlösung zur Verfügung, andere Spitalangestellte haben keine internen Kindertagesstätten oder lassen ihre Kinder ausserhalb des Spitalangebotes betreuen. Es sind daher sofort Massnahmen in Zusammenarbeit mit der Solothurner Spitäler AG zu prüfen und umzusetzen, welche eine Gleichbehandlung aller Spitalangestellten gewährleisten. Auch sind entsprechende Bestimmungen in der nächsten Leistungsvereinbarung aufzunehmen.

Bei der heutigen Regelung der Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung handelt es sich um Lohnzulagen. Lohnzulagen sollten eigentlich Inhalt des GAV sein. Im Rahmen der Gleichbehandlung des gesamten Staatspersonals resp. des dem GAV unterstellten Personals ist eine Regelung im GAV zu prüfen. Wir fordern den Regierungsrat auf mit den Vertragspartnern entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Unterschriften: 1. Trudy Küttel Zimmerli, 2. Pirmin Bischof, 3. Beat Käch, Susanne Schaffner, Christine Bigolin Ziörjen, Manfred Baumann, Urs von Lerber, Andreas Riss, Clemens Ackermann, Walter Schürch, Urs Wirth, Martin Straumann, Philipp Hadorn, Brigit Wyss, Stephanie Affolter, Heinz Bucher, Christina Meier, Andreas Schibli, Hans Abt, Rolf Späti, Iris Schelbert-Widmer, Evelyn Borer, Fatma Tekol, Niklaus Wepfer. (24)